

SPARRUNDE BEI MINISTERGEHÄLTERN



Keine Übernahme des Tarifergebnisses: Die Ministerpräsidentin verordnet ihrem Kabinett eine Sparrunde. Mit der Übernahme des Tarifergebnisses aus den Tarifverhandlungen für die Länder (TV-L) in die Beamtenbesoldung, stünde

auch der Ministerriege eine Erhöhung der Bezüge zu. Es geht dabei um ein Plus zwischen 370 und 450 Euro pro Monat. Das hält man in der Regierung Schwesig offenbar für ein denkbar ungünstiges Zeichen und will Verzicht üben. Fiskalische Wirkung klein, symbolische Wirkung groß? „Der

Schritt ist richtig und ein gutes Signal“, sagt der Landesvorsitzende Sascha Mummenhoff. „Noch glaubwürdige wäre es, wenn zeitgleich auch Verzicht bei anderen Ausgaben und Stellen getätigt würde, wie etwa Werbekampagnen oder einem aufgeblähten Apparat in der Öffentlichkeitsarbeit.“

LANDESFINANZBERICHT:

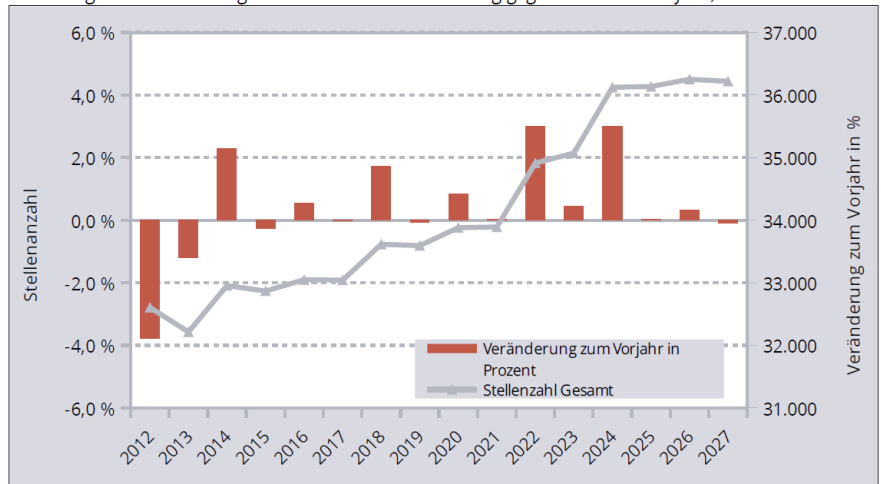
Schallende Ohrfeige für verfehlte Haushaltspolitik



Ende März hat der Landesrechnungshof auf 180 Seiten den Landesfinanzbericht 2026 vorgelegt. Die Ergebnisse sind wenig

überraschend, die Haushaltslage ist nicht nur angespannt, sie ist desolat. Grundsätzlich legt die Landesregierung einen ausgeglichenen Haushalt vor und wird sich dafür vom Parlament noch vor den Wahlen Entlastung erteilen lassen, möglich ist dies jedoch nur durch einen Griff in die Rücklagen. Dies wird auch in den Folgejahren notwendig sein. Die Lücke wächst ab 2028, das wissen wir bereits aus der Mittelfristigen Finanzplanung, nach heutigen Schätzungen auf bis zu 1 Mrd. Euro jährlich an. Diese Höhe der Schuldensumme ist dann auch nicht mehr durch neue Verschuldungsregel aufzufangen. Einen Großteil der Ausgaben macht die Finanzierung der Personalstellen aus. Für aktive Beschäftigte hat MV im Ländervergleich die zweithöchsten Personalausgaben. Einzig die sehr junge Verbeamtungsgeschichte des Landes führt dazu, dass sie Ausgaben für Beihilfe und Versorgung (noch) vergleichsweise gering ausfallen. Dies wird in Zukunft nicht so bleiben. Auch die Anforderungen an eine verfassungsgemäße Besoldung sind noch nicht umgesetzt. Ab 2027 werden ein Viertel der Landesausgaben durch Personalausgaben bestimmt. Nach einer Zeit der Einsparung steigen die Werte seit 2008 kontinuierlich an (siehe Abbildung). Die Zahl der Stellen

Abbildung 19: Entwicklung Stellenzahl und Veränderung gegenüber dem Vorjahr, 2012–2027



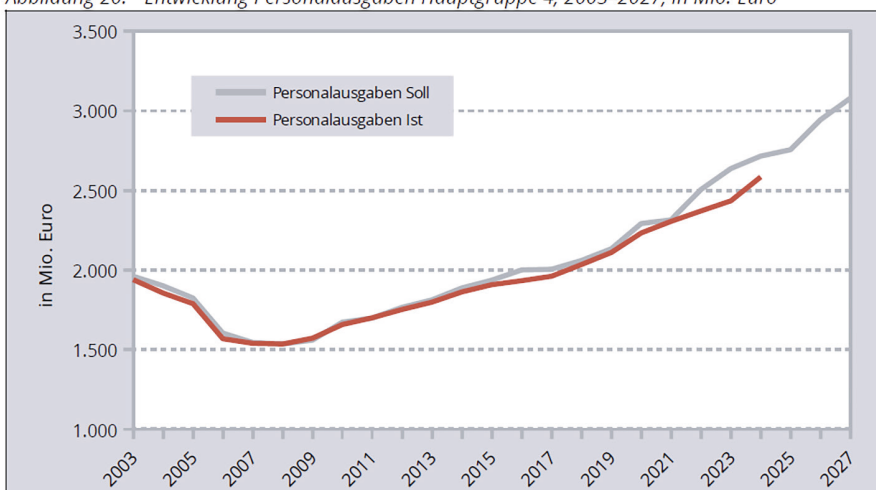
Quelle: Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern; Stellenpläne der jeweiligen Haushaltsjahre; eigene Berechnung

Abbildung aus dem Landesfinanzbericht 2026, Landesrechnungshof M-V

ist seit 2013 von damals rund 32.000 auf heute rund 36.000 (siehe Abbildung) gestiegen. In seinem Bericht fordert der Landesrechnungshof striktes Sparen durch eine Stellen- und Aufgabenkritik dahingehend, dass nicht nur gefragt werde, ob die Aufgaben einer Stelle durch eine andere übernommen werden könne, sondern auch ob das Land überhaupt diese Aufgabe erfüllen müsse. Wie sorglos das Land mit der Personalfrage umgeht, haben wir in der Vergangenheit immer wieder kritisiert. Deutlich wird dies einmal mehr bei einem Blick in den Stellenplan der Staatskanzlei: Insgesamt 56 Stellen werden nach Auffassung des Landesrechnungshofes, aus einem rechtlich nicht zulässigen Haushaltstitel fi-

nanziert. Das habe man getan, so argumentiert man aus der Staatskanzlei in der Stellungnahme zum Landesfinanzbericht, weil das Finanzministerium die „Ausbringung entsprechender Stellen“ abgelehnt habe. Finde den Fehler! Unstimmigkeiten finden sich unterdessen auch an anderer Stelle: beispielsweise bei der Förderung von Messteilnahmen durch die Staatskanzlei oder bei der institutionellen Förderung von Unternehmen und Vereinen durch das Wirtschaftsministerium in Höhe von insgesamt 37 Mio. Euro. Auch, dass das Land bei der Digitalisierung einmal mehr versagt – diesmal bei der Verwaltung von Asservaten – macht der Bericht deutlich. Ein 2024 gestartetes Projekt musste bereits 2025 aufgegeben werden. Um welche Summe es sich handelt, wird nicht deutlich. In der Folge werden die Asservate auch im Jahr 2026 in Mecklenburg-Vorpommern noch immer händisch erfasst – was auch den Austausch der Bundesländer untereinander erschwert. Der Landesvorsitzende Sascha Mummenhoff bilanziert den vorgelegten Bericht so: „Im Ergebnis mag dieser Bericht der formalen Entlastung dienen, inhaltlich ist er jedoch eine schallende Ohrfeige für eine schon seit längerer Zeit verfehlte Haushaltspolitik. Die Haushaltslage wird durch die Sondervermögen verschleiert und noch immer nicht transparent dargelegt, viel zu viel Personal ist im Landesdienst tätig, eine echte Aufgabenkritik und Sparziele fehlen, die Digitalisierung schleppt sich dahin – und scheitert immer wieder auch in Einzelprojekten.“ Während die Landesregierung

Abbildung 20: Entwicklung Personalausgaben Hauptgruppe 4, 2003–2027, in Mio. Euro



Quelle: Finanzministerium, Haushaltsrechnung des jeweiligen Haushaltsjahres, ab 2025 Haushaltsplan, eigene Berechnungen.

Abbildung aus dem Landesfinanzbericht 2026, Landesrechnungshof M-V

in dieser Zeit mit vielen Förderankündigungen und -bescheiden im Land umherreist, wissen eigentlich längst alle: Im Landeshaushalt herrscht Ebbe. Wer auch immer ab September dieses Bundesland regiert, hat keine Spielräume zum Einlösen schöner Wahlversprechen. Am ehrlichsten wäre es, den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, dass harte Zeiten auf uns zukommen und nicht mehr alles staatlich finanzierbar ist. Schöne Jubelmeldungen täuschen die Menschen schon lange nicht mehr!"

Der Bund der Steuerzahler in Mecklenburg-Vorpommern fordert:

- » Hinwendung zu den Grundsätzen von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit: Die Einnahme- und Ausgabesituation des Landes muss vollumfänglich dargestellt werden
- » Konsequente Einsparung von Personalstellen, Überprüfung der Verbeamtung im regulären Landesdienst
- » Digitalisierung von Aufgaben und Verwaltung – Nutzung von Synergieeffekten, keine Eigenlösungen – Lernen von anderen!
- » Entbürokratisierung und Verschlanung der Förderstrukturen
- » Zielerstellung und -kontrolle für alle Ausgaben



Foto: ms

In der Staatskanzlei werden 56 Stellen aus einem falschen Haushaltstitel finanziert, weil das Finanzministerium die Stellen nicht dauerhaft finanzieren wollte. Warum wohl?

Annika Hüners übernimmt seit dem 1. April die Funktion der Referentin des Vorstands beim Bund der Steuerzahler in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern.



Selbst die Ministerpräsidentin kam zur Grundsteinlegung in ihrer Heimatstadt Schwerin.

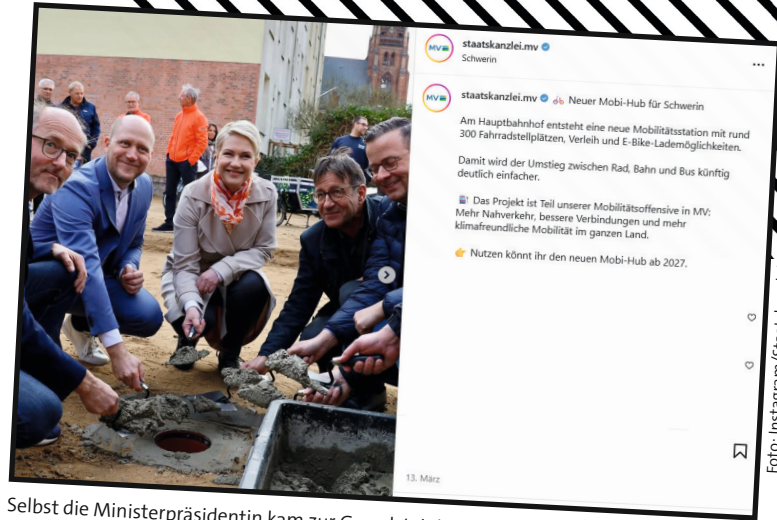


Foto: Instagram/Staatskanzlei

FAHRRADPARKHAUS: GRUNDSTEINLEGUNG IN SCHWERIN

Die Landeshauptstadt Schwerin plant ein Fahrradparkhaus für 3,2 Mio. Euro. Doch Kosten und Nutzen stehen nicht im richtigen Verhältnis. Deshalb „schaffte“ es das Projekt für Mecklenburg-Vorpommern in das „Schwarzbuch 2025“. Leider traf die fundierte Kritik des BdSt in MV nicht auf offene Ohren. Mitte März erfolgte die Grundsteinlegung. In die Zeitkapsel, die zu solchen Anlässen mit vergraben wird, soll – so wurde vor Ort verkündet – auch der Artikel aus dem Schwarzbuch gelegt worden sein. Wir meinen: Wenn man Kritik lieber vergräbt, als sich ihr zu stellen, dann sind Tür und Tor für Verschwendung auch weiterhin geöffnet.

ANNIKA HÜNERS ÜBERNIMMT NEUE FUNKTION ALS REFERENTIN DES VORSTANDS

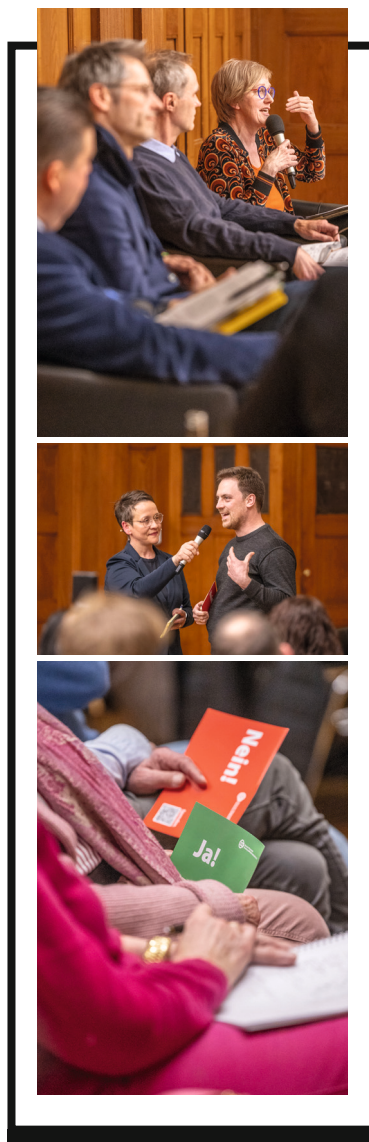
Annika Hüners hat zum 1. April die Funktion der Referentin des Vorstands beim Bund der Steuerzahler in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern übernommen. Seit ihrem Eintritt im August 2024 hat sich Annika Hüners in kurzer Zeit zu einer wichtigen Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle entwickelt. Ihr Aufgabenbereich ist dabei deutlich über die ursprüngliche Mitgliederverwaltung hinausgewachsen: Sie koordiniert Veranstaltungen, verantwortet die Gestaltung von Social-Media-Inhalten und begleitet regelmäßig Presseterminen. Mit ihrer strukturierten, eigenständigen Arbeitsweise und ihrer hohen Verlässlichkeit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur täglichen Arbeit des Verbandes. Der Bund der Steuerzahler freut sich, dass Annika Hüners ihren weiteren beruflichen Weg im Verband fortsetzt. Landesvorsitzender Sascha Mummehoff dankt in diesem Zusammenhang Vorstand und Verwaltungsrat für die konstruktiven Gespräche im Rahmen der Vertragsgestaltung. Gerade in Zeiten rückläufiger Mitgliederzahlen sei die gezielte Weiterentwicklung leistungsstarker Mitarbeiter ein wichtiges Signal für die Zukunftsfähigkeit des Verbandes.

OLYMPIA IN HAMBURG:

BdSt bringt Befürworter und Kritiker an einen Tisch

Die Diskussion über eine mögliche Olympia-Bewerbung Hamburgs gewinnt spürbar an Fahrt. Der Bund der Steuerzahler Hamburg hat dazu eine große öffentliche Debatte organisiert. Etwa 240 Bürgerinnen und Bürger sowie zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verfolgten die Veranstaltung in der Handwerkskammer.

Die hohe Nachfrage machte bereits im Vorfeld eine Verlegung in einen größeren Saal notwendig. Auch die mediale Resonanz zeigt: Das Thema bewegt die Stadt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand eine offene und bewusst ausgewogene Diskussion zwischen Befürwortern und Kritikern. Auf dem Podium diskutierten Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD), Steffen Rülke (Leiter der Olympia-Bewerbung), Eckart Maudrich (Initiative „NOlympia“) sowie Heike Sudmann (Die Linke). Moderiert wurde die mehr als zweistündige Diskussion von Sascha Mummenhoff, Landesvorsitzender des Bund der Steuerzahler in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, und Michaela Skott (freie Pressereferentin des BdSt). Die Debatte zeigte deutlich, wie offen die Meinungsbildung derzeit ist. Zu Beginn wie auch am Ende der Veranstaltung ergab sich ein nahezu ausgeglichenes Stimmungsbild im Publikum – ein Eindruck, der sich auch in aktuellen Umfragen widerspiegelt.



Während Finanzsenator Dressel den Kostenrahmen verteidigte und sogar mögliche finanzielle Vorteile für Hamburg in Aussicht stellte, äußerten Kritiker erhebliche Zweifel an der Belastbarkeit der Kalkulationen. Insbesondere die Erfahrungen vergangener Olympischer Spiele sowie unklare Kostenentwicklungen wurden als große Risiken bezeichnet.

Ein zentraler Streitpunkt blieb die Frage der tatsächlichen finanziellen Belastung. Selbst grundlegende Aspekte wie mögliche Sicherheitskosten konnten nicht abschließend beziffert werden – ein Punkt, der auch im Publikum für spürbare Reaktionen sorgte. Neben den finanziellen Fragen standen auch die langfristigen Auswirkungen auf Stadtentwicklung und Infrastruktur im Fokus. Befürworter sehen in Olympia einen möglichen Investitionsschub – etwa für Verkehrsprojekte oder den Ausbau von Sportstätten. Kritikerinnen und Kritiker warnen hingegen vor Kostenrisiken, Fehlplanungen und zusätzlichen Belastungen für die Stadt. Außer den Podiumsteilnehmern brachten sich auch zahlreiche Vertreter aus unterschiedlichen Bereichen in die Debatte ein, darunter Hjalmar Stemmann (Präsident der Handwerkskammer Hamburg), Sabine Sommer (Landesvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)), Jascha Bergmann (Bergmanngruppe), Sylvia Pille-Steppat (Paralympics-Teilnehmerin), Rainer Kersten (Geschäftsführer des Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein), Katharina von Kodolitsch (Präsidentin des

Hamburger Sportbundes), Michael Rot-schuh (ehemaliger Pressesprecher der Initiative NOlympia 2015) sowie Jörn Lauterbach (Präsident des Allgemeinen Hamburger Presseclubs). Die Veranstaltung lebte insbesondere von der aktiven Beteiligung des Publikums – mit Fragen, Wortmeldungen und Abstimmungen, die das Meinungsbild sichtbar machten.

Zum Abschluss der Veranstaltung zog Sascha Mummenhoff ein klares Fazit: „Die große Resonanz zeigt, wie hoch der Bedarf an einer offenen und ehrlichen Debatte ist. Bei einem Projekt dieser Größenordnung braucht es Formate, die das Für und Wider im Gleichgewicht gegenüber stellen. Es braucht den direkten Austausch der Argumente.“ Zugleich betonte er: „Ich würde mir wünschen, dass es mehr solcher Plattformen gibt, in denen beide Seiten gleichberechtigt gehört werden. Alles andere wird dem hanseatischen Anspruch an eine sachliche, abwägende und respektvolle Debatte nicht gerecht.“

Jetzt nachhören:

Die gesamte Debatte im Podcast

Um die Diskussion für eine breitere Öffentlichkeit zugänglich zu machen, hat der Bund der Steuerzahler Hamburg die Veranstaltung vollständig aufgezeichnet und als Folge seines Podcasts „Die Steuerklärer“ veröffentlicht. Damit erhalten alle Interessenten die Möglichkeit, sich ein eigenes Bild zu machen – auf Basis der Argumente beider Seiten.

Die Steuerklärer



Bund der Steuerzahler Ha

Die Folge ist abrufbar unter:
**anchor.fm/
bdst-hh**



alle Fotos: ©Kirsten Haarmann/kh-fotografie.com



OLYMPIA-REFERENDUM IN HAMBURG

Am 31. Mai 2026 entscheiden die Hamburgerinnen und Hamburger in einem Referendum darüber, ob sich die Stadt um Olympische Spiele bewerben soll. Die Briefwahl startete bereits Ende April, viele Stimmen werden vorab abgegeben. Alternativ kann am Abstimmungstag selbst in den Wahllokalen bis 18 Uhr abgestimmt werden.

Mit dem Referendum wird eine Grundsatzentscheidung getroffen: Ein „Ja“ bedeutet den Einstieg in das Bewerbungsverfahren, ein „Nein“ würde das Projekt beenden. Damit das Referendum gültig ist, reicht nicht nur die einfache Mehrheit. Zusätzlich müssen mindestens 20 Prozent aller Wahlberechtigten mit „Ja“ stimmen. Wird dieses Zustimmungsquorum nicht erreicht, gilt das Referendum als gescheitert – unabhängig vom Stimmenverhältnis.



Präsident Thorsten Uebler (Mitte) und Gunther Grave (links) begrüßten Sascha Mummenhoff bei den Nordexperten in Rellingen.

IM DIALOG MIT DER WIRTSCHAFT:

BDST ZU GAST BEI DEN NORDEXPERTEN

Die Nordexperten sind ein starkes Unternehmernetzwerk aus der Region, das seit Jahren zeigt, wie Zusammenarbeit auf Augenhöhe funktioniert: Kontakte knüpfen, Vertrauen schaffen, Empfehlungen aussprechen. Genau so entsteht echte wirtschaftliche Stärke vor Ort. Zu Gast bei diesem Netzwerk war unser Landesvorsitzender Sascha Mummenhoff im Hotel Krupunder Park in Rellingen (Kreis Pinneberg). Im Mittelpunkt stand die Vorstellung der Arbeit des Bund der Steuerzahler mit einem klaren Fokus auf unsere vielfältigen Informationsangebote für unterschiedlichste Berufsgruppen. Denn gute Entscheidungen brauchen gute Informationen. Das Interesse war groß – so groß, dass direkt eine Einladung für einen weiteren Termin ausgesprochen wurde. Dann soll es konkret um das Schwarzbuch gehen. Für Sascha Mummenhoff war der Termin auch persönlich besonders: Der Kreis Pinneberg ist ihm aus seiner Zeit als Redakteur bestens vertraut. Umso schöner war es, bekannte Gesichter wiederzusehen. Die Veranstaltung hat einmal mehr gezeigt: Wirtschaft und Steuerzahler-Interessen gehören zusammen. Genau solche Formate bringen beide Seiten weiter.

Der Bund der Steuerzahler in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern steht gern für Vorträge, Impulse und Diskussionen zur Verfügung – ob in Unternehmen, Netzwerken oder Verbänden.

Interessenten können sich unkompliziert per E-Mail an mail@steuerzahler-hamburg.de melden.

Respektvoller Dialog im Rathaus: GESPRÄCH ZWISCHEN BDST



Katharina Fegebank, Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg sowie Senatorin für

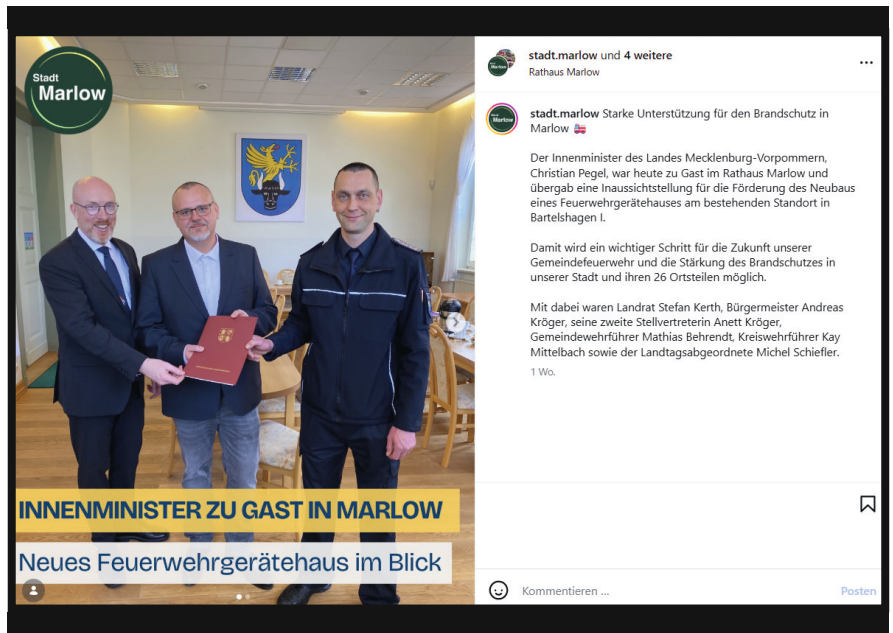
Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, empfing Ende Februar Sascha Mummenhoff, Landesvorsitzender des Bund der Steuerzahler Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern e.V., im Hamburger Rathaus. Das Gespräch diente dem gegenseitigen Kennenlernen und einem offenen Austausch. Auch wenn man nicht immer in allen Positionen übereinstimmt, ist ein respektvoller Dialog zwischen Politik und Interessenvertretungen wichtig. Der Bund der Steuerzahler sucht bewusst das Gespräch, um Argumente klar zu platzieren und politische Entschei-



Katharina Fegebank, Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg sowie Senatorin für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, begrüßte Sascha Mummenhoff im Hamburger Rathaus.

UND KATHARINA FEGBANK

dungen kritisch zu begleiten. Neben bundespolitischen Themen, darunter die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Rolle der Grünen im Bundestag, standen auch zentrale Hamburger Themen im Fokus: die geplante Olympia-Bewerbung, die Beteiligung der Stadt am Elbtower sowie die Vorgänge rund um Hamburg Wasser. Sascha Mummenhoff stellte die Arbeit des BdSt vor und machte deutlich, worauf es aus Sicht der Steuerzahler ankommt: Transparenz, Kostenklarheit und verantwortungsvolle Haushaltsführung. Besonders positiv: Katharina Fegebank prüft eine Teilnahme an den BdSt-Clubgesprächen. Der direkte Austausch bleibt die Grundlage für sachliche Debatten.



In der Stadt Marlow freute man sich kurz vor Ostern über die Ankündigung einer Förderung für die Freiwillige Feuerwehr

Foto: Stadt Marlow/öffentlicher Instagramauftritt

POLITIK AM LIMIT:

Bleibt vor lauter Übergabeterminen noch Zeit für Regierungsaufgaben?

„58 Gerätehäuser – und mindestens genauso viele PR-Termine?“



Das Land hat ein Förderprogramm für die freiwilligen Feuerwehren aufgelegt. Für insgesamt 50 Mio.

Euro sollen 58 standardisierte Feuerwehrgerätehäuser gebaut werden. So weit, so wichtig, denn insbesondere im ländlichen Raum ist die Bevölkerung auf diese Infrastruktur angewiesen. Auch die Nutzung standardisierter Modelle verspricht schlanke Strukturen und schnellstmögliche Umsetzung. Doch wie es scheint,

hat dieses Programm (rein zufällig?) auch noch einen ganz besonderen weiteren Nutzen: Vor und nach Ostern gab es mehrere Übergabeterminen für die Ankündigung der Förderung (also nicht einmal den Bescheid selbst) am Tag. Teils nahmen die Minister:innen bis zu sechs, sieben Terminen täglich dafür vor Ort wahr – immer eng getaktet, versteht sich. Ein Beispiel gefällig? Allein am 8. April wurden neun Fördermitteilungskündigungen überreicht, sechs davon durch den fachlich zuständigen Minister Christian Pegel persönlich. Mit von der Partie sind allerdings auch die Bildungsministerin, die Justizministerin, die Wissenschaftsministerin oder der parlamentarische Staatssekretär für Vorpommern und das östliche Mecklenburg. Spätestens nach 58 Terminen dürfte das Projekt abgeschlossen sein. Es sei denn, auch die eigentliche Übergabe der Bescheide erfolgt persönlich vor Ort, womöglich im Sommer kurz vor den Landtagswahlen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Doch eine Frage drängt sich auf: Bleibt vor lauter Übergabeankündigungen noch Zeit für die Regierungsaufgaben?

AUSTAUSCH MIT VERKEHRSSENATOR DR. ANJES TJARKS

Erfolgreiches zweites BdSt-Clubgespräch erscheint auch als Podcast

Nach dem Auftakt mit Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD) hat der Bund der Steuerzahler Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern sein Clubgesprächs-Format erfolgreich fortgesetzt: Beim zweiten BdSt-Clubgespräch stellte sich Verkehrssenator Dr. Anjes Tjarks (Grüne) den Fragen der Mitglieder – und nahm sich dafür Zeit. Das Format ist bewusst auf eine kleine Teilnehmerzahl ausgelegt. Ziel ist ein offener, direkter Austausch auf Augenhöhe, der bei größeren Veranstaltungen so kaum möglich ist. Dieses Konzept ging auch beim zweiten Termin voll auf. Über rund zwei Stunden diskutierten die Teilnehmer mit dem Senator zentrale Themen der Hamburger Verkehrspolitik. Im Fokus standen unter anderem der Zustand der Straßeninfrastruktur, die angespannte Baustellensituation, der öffentliche Personennahverkehr sowie die Rolle der Deutschen Bahn. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern wurde angesprochen.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Situation rund um das Bewohnerparken. Hier wurde deutlich, wie groß der Handlungsdruck insbesondere für Handwerk, Pflegedienste und Betriebe ist. Darüber hinaus ging es um zukunftsweisende Themen wie autonomes Fahren sowie die geplante Olympia-Bewerbung Hamburgs. Senator Tjarks betonte dabei die Bedeutung einer erfolgreichen Bewerbung für die langfristige Infrastrukturentwicklung der Stadt.

Der Bund der Steuerzahler zieht ein positives Fazit: Der offene und sachliche Austausch hat gezeigt, wie wertvoll der direkte Dialog zwischen Politik und Bürgern ist. Bereits beim ersten Clubgespräch mit Finanzsenator Dr. Andreas Dressel hatte sich gezeigt, wie groß das Interesse an diesem Format ist. Das Gespräch mit Dr. Tjarks wurde aufgezeichnet und wird in Kürze als Folge unseres Podcasts „Die Steuerklärer“ veröffentlicht.



IMPRESSUM

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. und Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.; **V.i.S.d.P.:** Sascha Mummenhoff; **Redaktion:** Sascha Mummenhoff/BdSt HH: Ferdinandstraße 36, 20095 Hamburg, Telefon: 040 330663, E-Mail: mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de; Michaela Skott/BdSt MV: Wittenburger Straße 96, 19053 Schwerin, Telefon: 0385 5574290, E-Mail: presse@steuerzahler-mv.de; **Grafik:** Franziska Bulgrin, www.franziskabulgrin.de



ONLINE-SEMINARE

Wir begrüßen Sie gern zu unseren kostenlosen Online-Vorträgen in Kooperation mit dem BdSt Rheinland-Pfalz. Die Veranstaltungen finden online auf Zoom statt.

Bitte melden Sie sich zeitnah per E-Mail an unter:
veranstaltungen@bdst-rlp.de

„Betriebliche Altersvorsorge – Grundlagen für Arbeitnehmer“

Referentin: Ulrike Janitz-Seemann
Dienstag, 5. Mai 2026, 12.30 Uhr

„Steuerliches rund um die Immobilie“

Referent: Ralf Schönfeld
Dienstag, 19. Mai 2026, 12.30 Uhr

„Steuerpflicht in Deutschland“

Referentin: Michaela van Wersch
Donnerstag, 25. Juni 2026, 12.30 Uhr

Ausblick: Weitere Gespräche geplant

Das Format wird fortgesetzt. Mit Dennis Thering, Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion, konnte bereits ein weiterer Gesprächspartner gewonnen werden. Auch Reiner Holznagel, Präsident des Bund der Steuerzahler Deutschland und stellvertretender Vorsitzender des BdSt Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, hat seine Teilnahme zugesagt. **Die genauen Termine für die kommenden BdSt-Clubgespräche werden in Kürze bekanntgegeben.**

Sascha Mummenhoff begrüßte Verkehrssenator Dr. Anjes Tjarks im Zuge des 2. BdSt-Clubgesprächs.